

5. Ready for Teaching 2022

Dringliche Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 30. Mai 2022

KR-Nr. 178/2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich in Vertretung der Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) Baudirektor Regierungsrat Martin Neukom. Der Ersatzbildungsdirektor spricht zuerst (*Heiterkeit*).

Regierungsrat Martin Neukom: So wurde ich noch nie angesprochen. Ich vertrete tatsächlich die Bildungsdirektorin, die heute so kurzfristig an diesem Termin nicht da sein kann. Ich mache aber weiterhin keine Bildungspolitik, ich steige direkt ein mit der Beantwortung der Frage 1:

Der Mangel an Lehrpersonen wird gemäss Prognosen zum Bevölkerungswachstum auch in den kommenden Jahren bestehen. Deshalb ergreift die Bildungsdirektion zusätzlich kurzfristige und mittelfristige Massnahmen. Im Rahmen von kurzfristigen Massnahmen werden die Schulen mit spezifischen Angeboten der Pädagogischen Hochschule Zürich (*PHZH*) bei der Integration und Begleitung der unterrichtenden Personen ohne anerkanntes Lehrdiplom entlastet. In speziellen Kurskursen und Planungswochen erhalten Letztere eine Einführung in das Zürcher Schulwesen, lernen den Berufsalltag von Lehrpersonen kennen und bekommen Unterstützung bei der Vorbereitung und Planung ihres Unterrichts. Zudem bietet Ihnen die PHZH ein individuelles Coaching an. Für die Lehrpersonen ohne anerkanntes Lehrdiplom sind diese Unterstützungsangebote kostenlos.

Ich komme zur Frage 2: Die vorstehend erwähnten Unterstützungsangebote werden im Sommer 2022, also jetzt gleich, verfügbar sein. Die Schulen können die passenden Unterstützungsmassnahmen für das Profil ihrer angestellten Personen auswählen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, welche die Lehrpersonen ohne anerkanntes Lehrdiplom mitbringen, ist ein einheitliches Konzept nicht zielführend. Die Kosten der geplanten Kurskurse werden vom Kanton beziehungsweise der PHZH getragen, die Kosten für die individuellen Coachings und Begleitmassnahmen werden von den Gemeinden getragen.

Zu den Fragen 3 und 4: Eine Verlängerung der Anstellung von Personen ohne anerkanntes Lehrdiplom über ein Jahr hinaus lassen die gesetzlichen Grundlagen nicht zu, denn das Lehrpersonalgesetz sieht bei einer Tätigkeit einer nicht ausgebildeten Lehrperson eine Einsatzdauer von höchstens einem Jahr vor. Neben den kurzfristigen Unterstützungsmassnahmen werden die Personen ohne anerkanntes Lehrdiplom eine längerfristige Perspektive zum Verbleib im Schulbetrieb erhalten. Dazu wird Ihnen die Aufnahme in die Ausbildung der PHZH erleichtert. Voraussetzung ist, dass sie sich bei ihrem Einsatz an der Schule bewähren. Bei Per-

sonen mit Berufserfahrung in bildungsnahen Bereichen mit Universitätsabschlüssen, beispielsweise in Fremdsprachen, oder mit Unterrichtserfahrung, sollen bisherige Ausbildungen wie Berufs- und Unterrichtserfahrung gebührend an die noch zu absolvierenden Ausbildungen angerechnet werden. Studierenden der PHZH wird zusätzlich ermöglicht, berufsbegleitend zu unterrichten oder das Studium für ein Jahr zu unterbrechen. Die Bildungsdirektion legt zusammen mit der PHZH die Rahmenbedingungen für diese Einsätze fest. Ausserdem wird an der PHZH ein weiterer Ausbau der Anzahl Studierendenplätzen angestrebt.
Besten Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Vorab: Ich bedanke mich natürlich bei Martin Neukom für die Beantwortung der dringlichen Interpellation in Vertretung von Regierungsrätin Silvia Steiner.

Wir wissen es: Nur gerade eineinhalb Monate nachdem wir hier bereits anfangs März eine erste intensive Debatte zum Lehrerinnen- und Lehrermangel geführt haben, hat die Bildungsdirektion Mitte April kommuniziert, dass die Gemeinden nun auch Personen als Lehrkräfte anstellen dürfen, die nicht über die üblicherweise erforderliche Zulassung verfügen. Zu diesem Zeitpunkt, also Mitte April, schien es die Bildungsdirektion noch nicht zu interessieren, wie unter solchen Bedingungen Schule stattfinden soll. So ging sie in ihrer Medienmitteilung vom 13. April 2022 mit keinem einzigen Wort auf die zwingend notwendigen Begleitmassnahmen ein. Es hiess einzig und allein, die Anstellungen seien auf ein Jahr befristet. Die Leiterin des Volksschulamtes (*Marion Völger*) liess sich in einem Interview bei TeleZüri (*regionaler Privatfernsehsender*) zur Aussage verleiten, sie befürchte deswegen auch keinen Qualitätsabbau. Die Gemeinden hätten ja ein Interesse daran, Leute zu rekrutieren, die eine gewisse Nähe zur Schule und eine gewisse Nähe zum Unterricht haben. Weshalb die Bildungsdirektion darauf verzichtet hat, solche Mindestanforderungen für die Anstellung von Personen ohne Lehrdiplom zu definieren, bleibt deshalb auch ihr Geheimnis.

Ich denke, wir sind uns hier alle einig: Für eine qualitativ gute Schule, für einen qualitativ guten Unterricht braucht es professionelle Kompetenz. Und diese professionelle Kompetenz wiederum kann nur über eine sehr gute Lehrerinnen- und Lehrerausbildung mit einem hohen Praxisanteil erreicht werden. Die Gemeinden setzen selbstverständlich auch jetzt noch alles daran, ihre offenen Stellen diesen Sommer mit qualifizierten Lehrpersonen zu besetzen. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass es in einigen Schulen zu Anstellungen von Personen ohne Lehrdiplom kommen wird. Der Lehrerinnen- und Lehrermangel ist aktuell schlicht und einfach zu gross. Der Bildungspolitik wird mitunter auch Politikversagen vorgeworfen. Auf jeden Fall, können wir sagen, war es das Versäumnis der Bildungsdirektion, nicht bereits im April 2022 aufgezeigt zu haben, wie sie diese Personen ohne Lehrdiplom auf ihre neue Aufgabe vorbereiten und begleiten will. Und es war auch das Versäumnis der Bildungsdirektion, dannzumal nicht dargelegt zu haben, welche Ausbildungsperspektiven sie den Personen ohne Lehrdiplom im Schulfeld bieten will. Es sind diese beiden Versäumnisse, die zur dringlichen Interpellation von uns Grünen, SP, EVP und AL geführt haben.

Damit eines klar ist: Wir Grünen nehmen für uns mit dieser dringlichen Interpellation nicht in Anspruch, den Lehrerinnen- und Lehrermangel grundsätzlich zu bekämpfen. Dazu erfordert es eine Vielzahl weiterer Massnahmen von Kanton und Gemeinden. Mit der dringlichen Interpellation fordern wir, dass der Kanton Zürich seinen Teil der Einführung und Begleitung der Personen ohne Lehrdiplom übernimmt und damit auch seine Fürsorgepflicht diesen Menschen gegenüber, aber auch den Schulteams gegenüber wahrnimmt. Zum anderen verlangen wir, dass der Kanton den für den Lehrberuf auch geeigneten Personen ohne Lehrdiplom eine klare Ausbildungsperspektive unter Anrechnung ihrer bereits gemachten Berufserfahrung und erworbenen Bildungsleistungen bietet. Wir Grünen begrüßen deshalb auch die von der Bildungsdirektion nach dem Einreichen der dringlichen Interpellation in die Wege geleiteten Massnahmen. Unverständlich ist für uns jedoch, weshalb der Kanton bei der Übernahme der Kosten für das Einführungs- und Begleitangebot bereits wieder knausert. Wir haben es gehört: Aktuell ist nur gerade vorgesehen, dass der Kanton die Kosten für die Kompaktwoche Schnelleinstieg für Personen ohne Diplom übernimmt. Bereits die Coachings während des ersten Unterrichtsjahres – und wir reden da von acht Coachings à zwei Stunden – sollen zulasten der Schulgemeinden oder – und das hat Regierungsrat Martin Neukom nicht erwähnt – sogar zulasten der Teilnehmenden gehen. Das ist auf der Homepage der PH Zürich nachzulesen. Hier besteht aus unserer Sicht klarer und umgehender Korrekturbedarf, Frau Silvia Steiner. Übernehmen Sie diese Kosten für dieses Einführungs- und Begleitangebot. Zeigen Sie sich grosszügig, übernehmen Sie Verantwortung für den Teil, den auch Sie zum Lehrerinnen- und Lehrermangel beigetragen haben.

Wir haben es gehört, auch die Bildungsdirektion geht davon aus: Der Lehrerinnen- und Lehrermangel wird uns noch über Jahre beschäftigen. Insofern erachten wir die Perspektive – wir haben es zwar gehört, es ist so im Lehrpersonalgesetz verankert –, die Perspektive, dass die Anstellungen auf ein Jahr befristet bleiben, als sehr optimistisch. Nicht alle diese Personen ohne Lehrdiplom werden sich für eine Ausbildung an der PH entscheiden, und es wäre ja doch auch etwas eigenartig, wenn wir dann einfach diese Personen, die jetzt für ein Jahr in den Schulen tätig sind, einfach durch andere Personen ohne Lehrdiplom ersetzen müssen. Hier erwarten wir von der Bildungsdirektion mehr Redlichkeit und, wenn nötig, auch den entsprechenden schnellen Korrekturbedarf.

Selbstverständlich erwarten wir von der Bildungsdirektion schnelle und griffige Massnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs in unseren Schulen. Aber auch wir Kantonsrätinnen stehen in der Pflicht. Bereits in den nächsten Monaten werden wir diverse Möglichkeiten haben, auch unseren Teil zur Lösung des Fachkräftemangels in den Schulen beizutragen. Also die Bildungspolitik wird gefordert sein. Die Regierung ist gefordert, aber auch wir als Kantonsrat sind gefordert. Wir schulden es unseren Kindern und Jugendlichen, für eine gute Bildung einzustehen, und darum geht es auch in dieser dringlichen Interpellation.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Bei dieser dringlichen Interpellation geht es um eine Feuerwehrrübung, konkret um den Versuch, den Notfalleinsatz

von Personen ohne Lehrdiplom in den Zürcher Volksschulen ab August vorzubereiten und zu begleiten. Mit unserer Interpellation haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass zum Beispiel der Kanton Schaffhausen dafür einen Intensivkurs mit dem Titel «Ready for Teaching 2022» mit Schulungseinheiten und wöchentlichen Praxistreffen anbietet. Wir haben gefragt, ob dies im Kanton Zürich auch angeboten wird. Wir haben gefragt und die Bildungsdirektion hat erfreulicherweise geantwortet mit konkreten Massnahmen. Die PH Zürich wird Kurzurse und Planungswochen anbieten mit einer kostenlosen Einführung in das Zürcher Schulwesen. Angeboten wird auch ein individuelles Coaching. Letzteres allerdings wird, wie Karin Fehr gesagt hat, den Gemeinden verrechnet.

Ein eigentliches Unterstützungsprogramm, den sogenannten «Plan L», bietet das Institut Unterstrass an, mit dem die Lehrpersonen auf sechs Ebenen auf den Unterricht vorbereitet und laufend gecoacht werden, unter anderem mit einem mehrtägigen Kickoff-Treffen, einem Grundlagenkurs, Coachings und Interventionen, ein, wie mir scheint, sehr solides und hilfreiches Programm. Schade nur, dass auch hier das Volksschulamt die Kosten vom «Plan L» nicht übernimmt.

Zu begrüssen jedenfalls ist, dass Lehrpersonen ohne anerkanntes Diplom, die sich im kommenden Schuljahr bewähren, längerfristige Perspektiven mit einer Ausbildung erhalten und die Aufnahme an der PHZH erleichtert werden soll, mit Anrechnung von allfällig vorhandener Berufserfahrung in verwandten Bereichen. Und ebenfalls zu begrüssen ist das Versprechen der Bildungsdirektion, dass den Studierenden ermöglicht werden soll, studienbegleitend zu unterrichten, und dass an der PHZH die Studienplätze weiter ausgebaut werden.

Damit sind wir beim eigentlichen Grund der Feuerwehrübung, dem Lehrpersonenmangel: Der Lehrpersonenmangel ist dramatisch. Noch fehlen für das nächste Schuljahr rund 500 Lehrpersonen in den Volksschulen des Kantons Zürich – vier Wochen vor den Sommerferien. Landauf, landab sind Schulleitungen und Schulbehörden daran, den Plan B zu entwerfen: Mitarbeitende ohne Lehrdiplom einsetzen, Klassen zusammenlegen, Pensionierte anfragen, Schulassistenten engagieren und so weiter. Ich bin überzeugt, mit vereinten Kräften werden es die Engagierten des Schulfelds schaffen, das neue Schuljahr geordnet aufzugleisen. Aber längerfristig ist eine solche Mangellage keine gangbare Lösung.

Natürlich bin ich mir bewusst, dass in vielen Berufsbereichen Fachkräftemangel herrscht. Doch anders als ein Hotel oder ein Spital können wir nicht einfach eine Anzahl Betten schliessen und wie eine Airline einfach Flüge streichen. Die Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht auf Bildung, und wir tun gut daran, alles zu tun, dem Lehrpersonenmangel zu begegnen und unsere Volksschule mit ihrer eminent wichtigen gesellschaftlichen Funktion zu schützen, damit sie nicht ernsthaften Schaden nimmt.

Deshalb zum Schluss noch die Frage, wie wir denn dem Lehrpersonenmangel begegnen sollen, damit solche Feuerwehrübungen ein Ende haben. «Ganz einfach, die Lehrpersonen sollen einfach ihre Teilzeitpensen erhöhen», sagen die einen. «Im Gegenteil, die Lehrperson sollen entlastet werden, dann werden sie auch ihr Pensum wieder erhöhen», sagen die anderen. Es ist damit wie oft in der Politik: Die Lösungen tönen einfach, aber die Wirklichkeit ist wesentlich komplexer. Die

Ursachen des Lehrpersonenmangels sind vielfältig: Stark steigende Schülerzahlen, die Verschiebung des Stichtags, höhere Geburtenrate, stärkeren Zuzug aus anderen Kantonen, Fachkräftemangel aufgrund der Pensionierungswelle einer grossen Anzahl von Babyboomern, viel mehr Teilzeitarbeitende als früher, stärkere Belastungen der Lehrpersonen durch Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen, höhere Anforderungen an die Schule, aufwendigere Elternarbeit und so weiter und so fort, all das führt zu hohen Arbeitsbelastungen, zu Überzeit und zu Pensumsreduktionen. Bei dieser Vielfalt von Ursachen leuchtet es ein, dass der aktuelle Lehrpersonenmangel so komplex ist, dass er auch nur mit einem Bündel an Massnahmen behoben werden kann. Eine starke weitere Erhöhung der Studienplätze an der PHZH und auch der Werbung dafür, weil die Teilzeitarbeit auch weiterhin eine Realität bleiben und der Lehrpersonenbedarf daher höher als bisher sein wird. Eine Stärkung der Attraktivität des PHZH-Studiums durch die Möglichkeit des ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Carmen Marty Fässler (SP, Zürich): Danke für die Antworten seitens Regierung. Es herrscht ein riesiger Lehrpersonenmangel aus diversen Gründen. Diese Tatsache wird bestimmt von niemandem mehr bestritten. Als Folge davon sollen Gemeinden auch Personen für ein Jahr als Lehrkräfte anstellen dürfen, welche nicht über die erforderliche Zulassung verfügen. Diese Personen brauchen eine gute Unterstützung sowie einen regelmässigen Austausch mit Fachpersonen.

Die Bildungsdirektion hat nun, wie vorhin ausgeführt, gehört durch den Baudirektor, zusammen mit der Pädagogischen Hochschule Zürich, mit der PHZH, weitere Massnahmen ergriffen, um diese Personen beim Einstieg zu unterstützen und die Schulen zu entlasten. Es werden Einführungskurse angeboten mit dem Ziel, in speziellen Kursen oder Online-Kursen und Planungswochen sich Wissen aneignen zu können für die Arbeit als Lehrperson. Zudem können Coachings zur Unterstützung an der PHZH gebucht werden. Diese Kosten gehen jedoch zulasten der Gemeinden oder, wie bereits von Karin Fehr richtig ausgeführt und auffindbar auf der Homepage der PHZH, zulasten der teilnehmenden Personen. Andere Angebote gibt es auch seitens Institut Unterstrass mit dem «Plan L». Auch diese Angebote sind nicht kostenlos. Für uns seitens der SP wäre es aber entscheidend, wenn sich diese Situation mit dem Lehrpersonenmangel schon immer weiter verschärft hat und nun so brennend ist, dass all diese Angebote kostenlos besucht werden könnten. Zudem und als weiteren Aspekt müssen die Gemeinden selber entscheiden, welche Lehrpersonen ohne Diplom anzustellen seien.

Neben den kurzfristigen Massnahmen sollen Personen ohne anerkanntes Lehrdiplom, die sich bei ihrem Einsatz an der Volksschule bewährt haben, eine Perspektive zum Verbleib im Lehrberuf und im Schulbetrieb erhalten. Dies soll mit einer erleichterten Aufnahme zum Quereinstiegsstudium ermöglicht werden. Details dazu werden in Zusammenarbeit mit der PHZH ausgearbeitet und voraussichtlich im Herbst 2022 kommuniziert werden. Auf diese Informationen sind wir seitens SP sehr gespannt. Und was nach einem Jahr geschehen soll? Tja, da sind wir wirklich sehr gespannt, was für eine Lösung uns präsentiert werden wird. Auf jeden

Fall ist es keine dauerhafte Lösung, dass unausgebildete Lehrpersonen weiter unterrichten müssen, da immer noch zu wenige Personen sich für den Job als Lehrperson erwärmen können. Wie soll da die Unterrichts- und Schulqualität gewährleistet werden? Eine weitere Angst seitens SP ist, dass die Schulen noch mehr Unterstützungsarbeit leisten müssen, nicht nur für die Teamkolleginnen und Teamkollegen, nein, auch für die Schulleitungen. Die Einführung neuer Lehrpersonen bedeutet nämlich eine intensive Begleitung durch die Schulleitung. Die Einführung von Berufseinsteigerinnen und Wiedereinsteigerinnen bedingt ein spezielles Programm. Die Einführung von nicht professionellem Lehrpersonal wird die Schulleitung ausserordentlich belasten. Mit welchen Ressourcen sollen die Schuleinheiten beziehungsweise die Schulleitungen ausgestattet werden für ordentliche und ausserordentliche Begleitungen? Auch da sind wir sehr gespannt auf die Antwort seitens Bildungsdirektion. Wir werden am Thema des Lehrpersonenmangels dranbleiben.

Aufgrund all dieser vielen wichtigen Fragen steht die SP klar hinter dieser dringlichen Interpellation. Es gab zu viele Versäumnisse der Bildungsdirektion. Also: Investieren wir in die Zukunft unserer Kinder, geben wir alles für die Unterstützung der Schulen und sichern damit das höchste Gut, nämlich die Bildung! Es braucht viele gute Lösungsansätze bezüglich des akuten Lehrpersonenmangels, und zwar von uns allen.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Die Ausführungen, wie von Regierungsrat Martin Neukom in Vertretung der Bildungsdirektorin eben gemacht, waren sehr kurz, aber nachvollziehbar. Für die Schulbehörden, zu welchen ich als Schulpräsidentin von Zollikon auch gehöre – und dies ist auch die Deklaration meiner Interessenbindung –, ist die temporäre Möglichkeit, auch nicht ausgebildete Lehrpersonen anzustellen in der momentan sehr angespannten Lage der Lehrpersonenrekrutierung eine Hilfe. So kann man sich zum Beispiel vorstellen, dass im Bereich Fremdsprachenunterricht «native speakers» fehlende Pädagogik durch perfekte Diktion und Artikulation wettmachen. Dass eine Unterstützung von PHZH, wie eben gehört, oder auch vom Institut Unterstrasse mit dem «Plan L» – auch das führe ich jetzt nicht mehr aus, das haben wir alles schon gehört –, dass diese Unterstützungen nun rasch und unbürokratisch anlaufen, ist entscheidend. Diese Programme beziehen sich aber offensichtlich nur auf die neuen Lehrpersonen ohne Diplom. Was wird für die Schulleitungen gemacht, die mit der Betreuung der nicht ausgebildeten Lehrpersonen eine beachtliche Mehrarbeit leisten müssen? Auch die Elternarbeit wird wesentlich mehr sein, da sie nämlich diese Massnahmen gegenüber den Eltern auch vertreten müssen. Hier muss unbedingt Unterstützung anlaufen. Zum Beispiel wäre dies mittels Aufstockung der Schulleitungspensen zu bewerkstelligen, analog der Abfederung der Corona-Belastung (*Covid-19-Pandemie*), wie wir sie in den vergangenen Zeiten hatten. Klar ist in den Augen der FDP, dass solche Anstellungen eine Ausnahme in der Not bleiben müssen. Es geht schliesslich um die langfristige Schulqualität.

Gemäss eben gehörter Aussagen sollen die nun auf ein Jahr befristet angestellten Lehrpersonen ohne Diplom die Möglichkeit haben, eine erleichterte Aufnahme

zum Quereinsteigerstudium Quest zu erhalten. Wir erwarten die Details dazu mit Interesse. Ob die Ausnahmeregelung zur Anstellung von Lehrpersonen ohne Lehrdiplom im nächsten Jahr nochmals durchgeführt wird, wissen wir nicht. Gemäss LPG, Lehrpersonalgesetz, dürfen Gemeinden Lehrpersonen ohne Zulassung nur für ein Jahr einstellen. Falls der Lehrpersonenmangel also bestehen bleibt, dürften sich die Schulen in der grotesken Situation befinden, eine unter Umständen hervorragend geeignete Person, in welche sie bereits viel Zeit für Coaching und Begleitung investiert haben, nicht mehr einstellen zu dürfen und dafür mit einer neuen Person nochmals auf Feld 1 beginnen zu müssen; so lautet das Gesetz. Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass es zu einem Ressourcenverschleiss kommt. Die Schulen müssen eine Möglichkeit erhalten, dass sie eben jene geeigneten Personen, die sie aufwendig begleitet haben, weiter anstellen dürfen. Im Übrigen wäre eine solche Kontinuität auch für die Schülerinnen und Schüler im Klassenzimmer mehr als wünschenswert.

So weit, so gut. Die Behörden und die Schulen sind grundsätzlich dankbar für die schnellen Lösungen, nachhaltig sind sie nicht. Die FDP möchte dringend darauf hinweisen, dass das Problem der Lehrpersonenknappheit respektive heute des Lehrpersonenmangels schon lange besteht. Der Verband der Zürcher Schulpräsidenten sowie auch die FDP haben die Bildungsdirektion und das Volksschulamt schon vor Jahren und seither immer wieder auf den Umstand aufmerksam gemacht. Die grosse Pensionierungswelle war ebenso abzusehen wie die stark zunehmenden Schülerzahlen; dies unter anderem auch, weil das Einschulungsalter mit dem Lehrplan 21 gesenkt wurde. Die Bildungsdirektion hat es verpasst, das Problem frühzeitig anzugehen. Stattdessen wurde der schwarze Peter wie immer den Gemeinden zugeschoben. Diesen sind aber durch verschiedene Vorgaben die Hände gebunden. Lohnanreize zum Beispiel können sie keine setzen. Durch die vom Kanton verordnete Zuteilung der Vollzeiteinheiten sind auch die Klassengrössen mehr oder weniger vorgegeben. Und durch die unterdessen mit Wahlfächern sehr segmentierte Ausbildung an der PHZH lassen sich Lehrpersonen nicht einmal mehr überall einsetzen. Das Zusammenstellen der Stundenpläne, kombiniert mit den Pensenwünschen der Lehrpersonen, ist ein veritables Puzzle.

Betonen möchte ich, dass die von den Gewerkschaften und den linken Parteien geforderten höheren Lehrpersonenlöhne sicher keine Lösung darstellen. Gerade in Zürich sind die Lehrpersonenlöhne, verglichen mit anderen Kantonen, hoch, Sie konnten das im Tages-Anzeiger auch lesen. Aus dieser Sicht haben wir im Kanton Zürich sogar eine gute Ausgangslage. Mit steigenden Lehrpersonenlöhnen würde vermutlich die weitverbreitete Teilzeitarbeit im Lehrberuf noch mehr gefördert. Wo also soll angesetzt werden? ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Paul von Euw (SVP, Bauma): Mit «Ready for Teaching» machen da einige Personen auf sich aufmerksam mit einer Interpellation, die es in diesem Sinne nicht braucht. Aber ja, wir haben einen Lehrermangel. Und ja, dieser wird auch noch ein Weilchen bestehen bleiben, wir haben es gehört vom Vertreter der Bildungsdirektorin. Es ist anzunehmen, dass dieser Mangel, die schulische Bildung der Kinder, um die es in der Volksschule seit mehreren Jahren stets schlechter steht,

dass sich diese noch mehr verschlechtert. Sehen Sie sich dazu die PISA-Studien (*Programm zur internationalen Schülerbewertung*) an, die Qualität der Schweizer Schulabgängerinnen und Schulabgänger verschlechtert sich zusehends. Dies sind die effektiven Probleme, da diese strukturell sind. Lassen Sie uns vor allem diese lösen.

Aber was machen wir? Wir betreiben hier nun Situationspolitik mit einer Interpellation. Ich bitte Sie, lassen Sie die Bildungsdirektion arbeiten. Sie soll Massnahmen prüfen und umsetzen. Und setzen Sie sich, liebe Interpellantinnen und Interpellanten, für höhere Pensen von Lehrpersonen ein. Mit dem aktuellen durchschnittlichen Pensum von 68 Prozent pro Lehrperson werden wir das Problem noch lange nicht gelöst haben. Daher mein Appell an Sie, als Lehrerinnen, als Schulpräsidenten hier drinnen, aber auch als Lehrpersonen im ganzen Kanton Zürich: Sie können proaktiv mithelfen, das Problem relativ einfach und innert Kürze zu beheben. Mit einer Anhebung des durchschnittlichen Pensums pro Lehrperson um wöchentlich zwei Stunden wäre das Problem «Lehrermangel» grossmehrheitlich gelöst. Eine weitere Massnahme: Lassen Sie Lehrpersonen in ihrer Kernkompetenz, also im Schulzimmer mit den Kindern arbeiten, und erlösen Sie diese von zu vielen administrativen Arbeiten. Es ist mir bewusst, das ist ein Einschnitt für jede einzelne Lehrperson. Bei einem durchschnittlichen Pensum von 19 Lektionen wöchentlich müsste dies im Sinne der ganzen Sache jedoch machbar sein.

Und vielleicht noch etwas zur aktuellen Bildungsdirektion: Dieses Schiff, das hier nun gesteuert werden muss, stammt nicht von der aktuellen Bildungsdirektorin, sondern wurde in der Ära Aepli (*Altregierungsrätin Regine Aepli*) gebaut, und das müssen wir nun ausbaden. In diesem Sinne danke ich der Regierung für die Antwort. Vielen Dank.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Wir haben es gehört, der Lehrpersonenmangel bleibt uns die nächsten Jahre erhalten, was uns ja auch nicht wirklich erstaunt. Kurzfristig wird jetzt also der Markt mit unausgebildeten Lehrpersonen geflutet, Löcher werden gestopft. Selbstverständlich kann man dies nicht jedes Jahr wiederholen. Wir müssen den Beruf des Lehrers, der Lehrerin nachhaltig stärken, und hiermit verweise ich auf unsere Fraktionserklärung von letzter Woche.

Für das Coaching der nicht ausgebildeten Lehrpersonen sind jetzt die Gemeinden gefordert. An unserem Schulhaus zum Beispiel bin ich jetzt seit letzter Woche noch zusätzlich Coach für unausgebildete Geschichtslehrerinnen. Für die GLP heisst aber «Lehrermangel beheben», langfristige Massnahmen einzuführen und sich nicht auf kurzfristige Feuerwehrrübungen zu beschränken. Wir müssen vorhandene Ressourcen schonen. Wenn nun erfahrene Lehrpersonen noch Coaching-Aufgaben übernehmen, ist das doch ein gewisser Widerspruch. Wir alle sind gefordert, den Beruf des Lehrers, der Lehrerin nachhaltig zu stärken: Bessere Rahmenbedingungen – wir haben es gehört –, weniger Bürokratie, wir haben verschiedene Massnahmen auch schon skizziert, auch hier. Ich verweise wieder auf unsere Fraktionserklärung von letzter Woche. Da war wenigstens die Bildungsdirektorin da und hat das auch gehört. Die Bildungsdirektion hat leider spät und sehr zögerlich reagiert, und in diesem Sinne unterstützen wir natürlich diese dringliche

Interpellation. Ich habe es schon erwähnt, ich finde es schade, dass wir hier eine wichtige, sehr wichtige Debatte führen, und die Bildungsdirektion ist nicht da. Uns bleibt also warten und hoffen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) spricht zum zweiten Mal: Ich liebe diese zweiten Voten nicht so, aber dieses Thema ist jetzt wirklich zu wichtig, als dass ich mein Votum nicht noch fertigmachen würde. Zudem haben wir es gerade gehört und diese Einzelargumente, die Lehrperson sollten ihr Pensum erhöhen oder die Belastung sei zu gross, zeigen es eben: Der aktuelle Lehrpersonenmangel ist so komplex, dass er eben nur mit einem Bündel an Massnahmen behoben werden kann. Ich habe es erwähnt, eine starke weitere Erhöhung der Studienplätze an der PHZH muss sein. Der Beruf muss beworben werden. Es braucht mehr Studienplätze, weil es eben auch viel mehr Teilzeitarbeitende gibt als bisher. Ich muss jedes Mal viel mehr neue Lehrpersonen einstellen, wenn ich wieder einige Pensionierte aus dem Schuldienst entlasse. Es braucht die Stärkung der Attraktivität des PHZH-Studiums durch die Möglichkeit des Teilzeitstudiums, aber auch eine klare Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen. Dieser Punkt ist mir auch sehr wichtig, darum wollte ich diesen unbedingt noch anfügen. Stichwort «Überzeit», Stichwort «Berufsauftrag», «Lektionenfaktor», «Entlastung für Klassenlehrerfunktion», Stichwort «endlich eine 100-Prozent-Anstellung für Kindergartenlehrpersonen». Und liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, die meinen, man könne die aktuelle Krise beheben, ohne dass man zusätzliche Finanzen in die Hand nimmt: Wenn Sie in einem Bereich in Ihrem Betrieb einen Mitarbeitendenmangel haben, dann müssen Sie das Gesamtpackage verbessern, um wieder zu Mitarbeitenden zu kommen. Wenn Sie einen Mann oder eine Frau, eine Fachfrau in der IT suchen, dann ist die Chance gross, dass er oder sie sich nicht bei Ihnen als Chef oder Chefin bewirbt, sondern Sie sich bei ihm oder ihr. Das ist das uralte Prinzip von Angebot und Nachfrage.

Kommen wir weg von Feuerwehrübungen im Zürcher Volksschulwesen! Mit vereinten Kräften können wir es schaffen, trotz der aktuellen Herausforderungen den Lehrpersonenmangel zu beheben. Die EVP dankt allen Engagierten des Schulfeldes, die in diesen schwierigen Zeiten Grossartiges leisten, und sie bittet Politikerinnen und Politiker von links bis rechts, sich tatkräftig für eine gute Bildung für die nächste Generation einzusetzen.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) spricht zum zweiten Mal: Ich bin stehen geblieben beim Thema, was wir denn nun tun können in Zukunft. Wo soll angesetzt werden? Die Akademisierung des Lehrberufs, vor allem auch auf der Kindergarten- und Unterstufe muss gestoppt werden. Weiter müssen die PHZH-Absolventinnen und -Absolventen wieder mehr zu Generalistinnen und Generalisten ausgebildet werden. Das Fächerwählen und -abwählen muss eingeschränkt werden. Nur so kann die Pensusbildung vereinfacht werden. Der Auftrag an die PHZH muss in dieser Hinsicht ganz klar geschärft werden.

Weiter sollen die Lehrpersonen wieder mehr «nur» – und ich meine das in Anführungs- und Schlusszeichen – sich dem eigentlichen Unterricht widmen dürfen.

Nach neuem Berufsauftrag muss eine Lehrperson zwingend nur mindestens 60 Prozent der Arbeitszeit unterrichten. Der Rest des Pensums darf für andere Arbeiten oder Projekte im Schulumfeld genutzt werden. Diese Unterrichtsverpflichtung muss nach oben korrigiert werden. Ebenso fordern wir im Bereich der Heilpädagogik mehr Flexibilität für die Schulgemeinden, indem geeignete Lehrpersonen als Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mehr als drei Jahre, also über die sogenannte Härtefallregelung hinaus, angestellt werden können. Ein entsprechender Vorstoss wurde vor kurzem hier im Rat abgeschmettert mit dem Verweis auf das Anrecht der Schülerinnen und Schüler auf bestens qualifiziertes Lehrpersonal. Nun greift das Volksschulamt zum gleichen Mittel: Auch nicht bestens qualifiziertes Lehrpersonal darf unterrichten. Ja, aus der Not heraus entkräftet das Volksschulamt gleich selbst alle damaligen Argumente.

Lassen Sie mich schliessen: Der Lehrberuf ist ein anspruchsvoller und herausfordernder, aber auch ein sehr befriedigender Beruf. Dies sollte in der Gesellschaft, aber auch von uns in der Politik wieder mehr wertgeschätzt werden. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht, die Diskussion wurde geführt.

Das Geschäft ist erledigt.